

2007-11-26

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 15.11.2007

Sitzungsbeginn: Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

In Vertretung des Vorsitzenden des Finanzausschusses bestätigte **Herr Rumpf** die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Rumpf brachte die Tagesordnung zur Abstimmung. Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses stimmten dieser einstimmig zu.

3. **Gemeinsame Beratung mit dem Hauptausschuss zur Entschädigungssatzung, DR/BV/240/2007/SPD**

Als gemeinsamer Tagesordnungspunkt des Haupt- und Personalausschusses sowie des Finanzausschusses stand die Beschlussvorlage zur Neufassung der Entschädigungssatzung zur Beratung und Empfehlung der Beschlussfassung im Stadtrat.

Zunächst legte **Herr Dreibrodt**, SPD-Fraktion, dar, die durch die Kooperation gemeinsam eingebrachte Vorlage hatte zunächst eine Seite zur Begründung. Diese wurde nach der durch das Rechtsamt der Stadt erarbeiteten und übergebenen Stellungnahme auf nunmehr 18 Seiten erweitert und den Ausschussmitgliedern zugereicht. Des Weiteren wurde durch Herrn Dreibrodt den Anwesenden eine Synopse mit vergleichenden Zahlen von Entschädigungszahlungen in Städten der Umgebung überreicht. Er gab dazu mündliche Erläuterungen.

Auf die Nachfrage von **Frau Ehlert**, Fraktion Die Linke, an **Frau Beigeordnete Nußbeck**, welche Bedeutung die Neufassung der Satzung für den Haushalt der Stadt habe, entgegnete diese, es handelt sich um 62 TE Mehrausgaben gegenüber der z. Z. angewandten Satzung und auch gegenüber dem schon einmal von der Verwaltung erarbeiteten Entwurf.

Ehrenamtliches Engagement und Aufwendungen müssen entschädigt und gewürdigt werden, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Er gab jedoch zu bedenken, dass es kein Entgelt sein soll. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt müsse eine Lösung gefunden werden, um im entsprechenden finanziellen Rahmen zu bleiben.

Das Anliegen der SPD-Fraktion wurde von **Herrn Eichelberg** unterstrichen. Seine Fraktion sehe Einsparmöglichkeiten, indem man z. B. den Fraktionen Arbeitsräume im Rathaus zur Verfügung stellt. Hier könnten bei den Fraktionsmitteln Mieten und andere Kosten eingespart werden.

Der Vorschlag wurde von **Herrn Maloszyk**, FDP-Fraktion, aufgegriffen. Er gab zu bedenken, dass die Fraktionssitzungen in der Regel spätabends stattfinden und die Arbeitszeit in der Verwaltung dann bereits beendet sei. Die Räume der Fraktionen müssen aber frei zugänglich bleiben.

Seine Ansicht als Einzelperson, nicht als Fraktionsmitglied der FDP, legte **Herr Dr. Plettner** dar. Er verwies auf das Ehrenamt und man sei nicht angetreten, um Geld zu verdienen. Wichtig sei, dass die Fraktionsarbeit abgesichert bleibt, ansonsten halte er den Zeitpunkt für eine derartige Satzungsänderung für falsch. Er plädiere für den Satzungsentwurf der Verwaltung, worüber man nochmals sprechen sollte.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, betonte, die Fraktionsarbeit müsse gesichert sein, weshalb er nicht für den Vorschlag der Verwaltung ist, dieser läge heute auch nicht vor. Seine Fraktion gehe mit dem Vorschlag der SPD mit. Im landesweiten Vergleich liege man mit der neuen Entschädigung durchaus im angemessenen Rahmen. Er verwies darauf, dass man in der Vergangenheit als Fraktion bereits erhebliche Einsparungen erbracht habe. Von **Herrn Giese-Rehm** wurde angemerkt, dass mit der Fusion eine größere Stadt entstanden sei und damit mehr Aufgaben anstehen.

Die Fraktion Die Linke unterstütze den Beschlussvorschlag, erklärte **Herr Pätzold**. Er fragte nach der Verbindlichkeit der im Runderlass fixierten Obergrenzen. Darauf erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, der Runderlass sei insofern bindend, dass es nicht die Höchstsätze sein müssen.

Von **Herrn Ehm** wurde darauf verwiesen, dass im Vorschlag der Verwaltung die Sachkostenkürzung enthalten war, die beiden anderen kreisfreien Städte des Landes haben mehr Wert auf die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen gelegt und sichern die Bezahlung eines Fraktionsassistenten und nicht nur einer Sekretärin.

In der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM diskutiere man kontrovers die Höhe der Entschädigungen, berichtete **Herr Bönecke**. Einhellige Auffassung sei, dass Kürzungen der Bezahlung der Fraktionsmitarbeiter und von Sachkosten nicht hingenommen werden. Er selbst bezeichne die vorgeschlagenen Sätze durchaus als angemessen, wenn man die lange Zeit dagegen setze, in der die geringeren Sätze hingenommen wurden. Er werde sich bei der Abstimmung zur Satzung der Stimme enthalten.

Herr Giese-Rehm brachte den **Vorschlag**, den Hinweis von Herrn Westhagemann aufzunehmen und **im § 6 (1) einzufügen** „§ 4 ist entsprechend anzuwenden“.

Herr Oberbürgermeister Koschig legte dar, in einem Gespräch mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes habe dieser eindeutig gesagt, in der derzeitigen finanziellen Situationen der Stadt könne er die vorgeschlagene Satzung nicht empfehlen. Daraus entnehme Herr Koschig, dass man für die Satzung, sollte sie beschlossen werden, keine Genehmigung erwarten könne. Er greife deshalb den Hinweis von Herrn Dr. Plettner auf, wenn man in die Haushaltsberatungen gehe und den Nachweis der tragfähigen Haushaltskonsolidierung bringen kann, diese Satzung nochmals zu beraten. Mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltskonsolidierungskonzept bringe man gegenüber dem Landesverwaltungsamt und der Öffentlichkeit den Nachweis, dass diese Satzung nicht nur das Ehrenamt würdigt, sondern auch den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Stadt entspricht. Herr OB Koschig unterbreitete den **Vorschlag**: Die bisherige Satzung behält bis zur Haushaltsbeschlussfassung Gültigkeit. Dann könne gemeinsam eine neue Satzung verabschiedet werden.

Der Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Koschig wurde durch Frau Ehlert begrüßt. Sie erklärte, dem Satzungsentwurf ohne Haushaltsuntersetzung nicht zuzustimmen.

Nach dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dreibrodth wurde eine **Auszeit** zur internen Beratung innerhalb der Fraktionen anberaumt.

Im Anschluss daran erfolgte die Abstimmung der Mitglieder des Finanzausschusses. **Herr Bönecke, Vorsitzender des Finanzausschusses**, bat um Abstimmung:

- Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Beschlussvorlage zur neuen Entschädigungssatzung gemeinsam mit dem Haushalt zu beraten und mit der Haushaltssatzung 2008 und dem Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen. Der **Finanzausschuss lehnte** (03:06:00) den **Vorschlag ab**.
- Die Beschlussvorlage wurde mit 06:02:01 angenommen.

Da der Antrag durch die Mitglieder des Finanzausschusses abgelehnt worden ist, bat **Herr Oberbürgermeister Koschig** um Entscheidung durch die Mitglieder des **Haupt- und Personalausschusses** über die Beschlussvorlage. Sie sprachen sich mehrheitlich für diese aus.

Abstimmungsergebnis: 6:2:1

4. Schließung der Sitzung

Die gemeinsame Beratung mit den Mitgliedern des Hauptausschusses wurde beendet.

Dessau, 26.11.07

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Schriftführer